

Alle Tage Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1. Jahrg. 215

Einzelpreis 1 Mark

Bezugspreis: monatlich 12.00 — mit Gabelgebühr, Zeitungen nehmen demselben zu. Die Zustellgebühr, Porto und unter Umständen

Morgen-Ausgabe

Anzeigenpreis: Die Spalte 10 mm breit zum Grundsatze 60 — 4. Die Spalte 20 mm breit zum Grundsatze 100 — 4. Substanz nach Art. Erstausgabe Halle-Saal. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag von Otto Ehle, Halle-Saal.

Freitag, 18. August 1922

Frankreichs Entweder — oder

Drei Möglichkeiten: Kein Moratorium oder Moratorium mit Pfändern oder bedingungsloses Moratorium — Im letzteren Falle: Handlungsfreiheit für Frankreich.

Die Havas-Mitteilung

W. Paris, 17. August.

Genau berichtet eine offizielle Mitteilung der Reparationskommission über die deutsche Moratoriumsverhandlungen. Darin heißt es:

Entweder nehme die Reparationskommission das Moratorium mit Zustimmung an und die Stimme des Besiegten, des französischen Delegierten Dubois, gebe den Ausschlag auf die Weise, daß die französische Regierung die Handlungsfreiheit für einige Monate (eine Vereinbarung erfüllen —), oder die Reparationskommission bewillige Deutschland ein Moratorium mit den von der französischen Regierung als befriedigend angesehenen Pfändern, namentlich den deutschen Staatsgruben und Staatswäldern.

Diese Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, da die Reparationskommission nicht notwendigerweise an die Forderung der Regierung gebunden ist. In diesem Falle würden von französischer Seite ebenfalls keine Einwendungen vorgebracht. Endlich aber: die Reparationskommission würde das Moratorium trotz des formellen Widerstandes der französischen Delegierten bedingungslos bewilligen. Eine derartige Entscheidung könnte natürlich von der französischen Regierung nicht angenommen werden.

Zurückbliebende Punkte. Die britische Regierung ist mit ihren Vorurteilen darin recht gegeben, daß Deutschland ein großer Teil der Verantwortung für seine jetzige finanzielle Lage trifft. Infolge dessen würde diese Last allein schon die Alliierten beunruhigen, neue Pfänder von Deutschland als Ausbühler für eine neue Konvention zu verlangen, die in der Bewilligung eines erneuten Zahlungsaufschubs liegt. Aber noch mehr: Deutschland befindet sich in Zukunft aber unerschütterlich der Erfüllung hinsichtlich der Geld- und Kohlenlieferungen. Unter diesen Umständen wäre die französische Regierung nicht dabei, daß es ihr im Wiederanbaugebiet wegen des schiedlichen Willens Deutschlands an Handlungsfreiheit. Sie würde es vorziehen, lieber durch ihre eigenen Mittel die staatlichen Posten auf dem linken Meinerer auszubauen zu lassen (sich „Kauben treiben“). Die französische Regierung würde also nur nach der Entscheidung der Reparationskommission handeln. Nur, wenn sie nicht der Genehmigung zustimmte und wenn sie den Welt der Öffentlichkeit bekannt gemacht, die sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich, würde die französische Regierung zur Handlungsfreiheit zurückkehren, um aus eigener Initiative in Deutschland die wirtschaftlichen und finanziellen Kontrollmaßnahmen anzuwenden, die sie im Rahmen ihrer Londoner Vorläufe als notwendig gehalten hat. Es ist eine Sache, die man nicht in Betracht ziehen sollte, daß die französische Regierung daran besteht, die Wirtschaftspolitik der Welt zu bestimmen. Das Wort habe jetzt die Reparationskommission allein.

Daher ist dieses: Der Ministerrat habe nach seiner Kenntnis die Eventualität militärischer Maßnahmen nicht geprüft. Es ist auch im Gegensatz zu einem früheren im Umfang definierten Berichtes falsch, daß die französische Regierung daran besteht, die Wirtschaftspolitik der Welt zu bestimmen nach Handlungen zu betreiben.

Der Verlauf des Ministerrats

W. Paris, 17. August.

Neben dem Verlauf des gestrigen Ministerrats und die weiteren Folgen, die sich für die Behandlung der Moratoriumsverhandlungen ergeben, schreibt der „Petit Parisien“, offenbar feindselig:

Die Reparationskommission wird sich nunmehr über das deutsche Moratoriumsverlangen zu entscheiden haben. In London hat der französische Ministerpräsident den grundsätzlichen Standpunkt vertreten, kein Moratorium ohne neue produktive Pfänder zu gewähren, mit anderen Worten: Die Verantwortlichen haben sich in London berufen lassen, wie sie zu einer entsprechenden Antwort bezüglich der Bedingungen gelangen könnten, die sie ihren Vertretern in der Reparationskommission geben wollten. Nach neunzigstündigen Beratungen konnte diese Einigungsgestaltung nicht gefunden werden. Was wird jetzt in der Reparationskommission geschehen? Besteht die Möglichkeit einer herbeizuführenden Lösung?

Man weiß, daß in London die größten Anstrengungen gemacht wurden, um die beiden Ansichten, die sich gegenüber unvereinbar gegenüberstehen, einander näher zu bringen. Die Belgier waren mit unermüdlichem Eifer tätig, eine Formel zu finden, die alle antworten könnten. In diesem Bestreben sprach man auch von der Möglichkeit, daß für die 1922 fälligen Zahlungen Weseleil angenommen werden, wobei die deutschen Banken die Bürgschaft übernehmen müssen und zwar mit einer Laufzeit von 8, je selbst von 6 Monaten. Sogar die belgische Priorität würde man, wenn die belgische Regierung einer solchen Zahlungsweise zustimmen sollte, dieser Befreiung der Entente zum Opfer bringen. Die belgische Regierung dachte übrigens niemals daran, diesen Vorschlag der Reparationskommission vorzulegen, ohne sich von vornherein mit der französischen Regierung verständigt zu haben.

Im Laufe der Beratungen drückte die französische Regierung ihre Ansicht darüber aus, Frankreich ist vor allem der Ansicht, daß ein tatsächliches Moratorium, das Deutschland in Form von Weseleil mit dem Verfall im Januar 1923 gewährt werden sollte, die deutsche Regierung an diesem Tage über verschärfte Zahlungsfrist gegenüberstellen würde, der sie unter der Wirkung angebotener Sanktionen nachgeben müßte. Das ist der Sinn der Weseleil, die Dubois erhielt; vor der Reparationskommission erlangte die Regierung vollkommene Handlungsfreiheit wieder. Frankreich könnte jetzt von den Reparationskommissionen Deutschlands sprechen. Es weigerte sich ein Moratorium ohne neue Pfänder zu bewilligen. Hierüber wird die Reparationskommission entscheiden. Mangels einer vorherigen Verständigung der Alliierten könnte aber die Entscheidung der Kommission das Vorhaben der Regierung in nichts befehlen. Die alliierten Vertreter in der Kommission müßten, bevor sie eine Entscheidung trafen, die deutschen Delegierten hören. Diesem ist vor Freitag oder Samstag nicht zu denken.

Nach dem „Echo de Paris“ handelt es sich vorerst darum, daß die Reparationskommission zu entscheiden habe. Nach Aufstellung des Berichtes müßte die Möglichkeit wieder eine in der London im Auge gefaßten Lösung vorzuschlagen. Poincaré bestimmte das Mindestmaß der französischen Forderungen; Verpändung der deutschen Staatswälder im Rheinland und der Staatsbergwerke im Ruhrgebiet. Davon werde er in Paris durchsetzen, während er in London, wo die Sitzung der Reparationskommission, die belgische Vertreter, ja sagen, wo die Regierung nicht folgt? Die Belgier, die nicht aufpassen London und Paris entscheiden wollen, würden nicht verfahren, eine mittlere Lösung zur Annahme zu bringen. Sie würden aber keinen der Vorschläge bringen, die sie im Vorfeld hätten, ohne doch vorher die Zustimmung Poincarés zu sichern.

Poincaré empfindet getrennt von den französischen Vertretern in der Reparationskommission Dubois, den italienischen Minister des Äußeren Schanzer und den italienischen Vizekonsul in Paris Graf Forza. Die italienische Delegation unter Führung Schanzers und dem Sekretärminister Poincaré ist gestern Abend nach Rom weitergereist.

W. London, 17. August.

Der Pariser Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, in manchen politischen Kreisen werde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß, wenn die Reparationskommission die endgültige Zustimmung über die Frage der Bewänderung eines Moratoriums an Deutschland erteilt, sich die Alliierten gleichzeitig erklären werden und ein vorläufiger Stillstand entsteht. Auf diese Weise würde den Alliierten die Notwendigkeit einer neuen Konferenz vor Ende des Jahres vor Augen geführt werden, auf der das gesamte Problem der Reparation und der interalliierten Schulden gründlich erörtert und geregelt werden könnte. Amerika würde zu dieser Konferenz eingeladen werden, die im vorliegenden Moratorium im November in Brüssel stattfinden sollte.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ berichtet, daß ein neuer Plan zur Lösung der Reparationsfrage aufgetaucht sei. Er schreibt, man erwarte nicht, daß die Reparationskommission sofort zu einer Entscheidung gelangen werde. Poincaré habe dem französischen Vertreter Dubois klare Weisungen erteilt, gegen das Moratorium zu stimmen. Dem britischen Vertreter Bradburn seien formelle Weisungen erteilt worden. Er werde natürlich für das Moratorium stimmen. Es bestände kein Zweifel, daß der italienische Delegierte ebenso wie der britische stimmen werde.

Eine Sonderaktion — ein feindseliger Akt für England

Paris, 17. August.

Aus London wird dem „New-York Herald“ gemeldet: Der Beschluß des französischen Kabinetes, das Parlament nicht zu einer besonderen Session einzuberufen, befreit in London. Eine Personlichkeit, die die offiziellen Anschauungen genau kennt, erklärte dem Londoner Korrespondenten des genannten Blattes, daß man es als einen feindseligen Akt betrachten würde, wenn Frankreich eine Sonderaktion gegen Deutschland unternähme, und daß dann der Bruch der Entente vollendet sei. Die bedeutendsten Finanz- und Bankleute informierten die Regierung dahin, daß nach ihrer Ansicht eine gesonderte Sitzung Frankreich gegenüber, Deutschland die Entscheidung über eine eventuelle Session in Europa verurteilen würde, die man je jenseits gelernt habe. Sollte das französische Parlament einberufen werden, so würde Lloyd George mit der sofortigen Einberufung des englischen Parlaments zu einer außerordentlichen Session antworten. Es sei noch zu früh, zu sagen, daß die Freie vorher wäre.

Nach dem „New-York Herald“ veranlaßt, daß der französische Vertreter der Reparationskommission Dubois, wenn er nach seinen Anweisungen antworten müßte, daß die Reparationskommission gegen den französischen Standpunkt sei, zurücktreten

Dollar amt. 1038,70 G.

und so die ganze Entscheidung über das Moratorium aufhalten werde. Das Blatt fügt hinzu, zunächst würde diese Veränderung Deutschland zugute kommen. Aber sie würde auch Poincaré in seinen Bemühungen, Belgien und Italien für die Unterstützung Frankreichs zu gewinnen, nicht behindern. In gut unterrichteten Kreisen sei gestern Abend erwartet worden, daß Poincaré für eine neue Konferenz eintrete, die in nächster Zukunft in Brüssel stattfinden sollte. Frankreich und Belgien würden über ihre Anstrengungen machen, um Americas Teilnahme an dieser Konferenz zu sichern. Sie würden zu diesem Zweck das Versprechen abgeben, daß keine Entscheidungen getroffen werden würden. Es vermute, daß Poincaré heute den alliierten Regierungen und den Vereinigten Staaten eine neue Note zugelen lassen würde, worin er den französischen Standpunkt auf der Londoner Konferenz in vollkommener Hinsicht auseinandersetzen werde.

Das wahre Gesicht Poincarés

Es mag viele Leute in Frankreich geben, die glauben, daß die Urheber der Politik Poincarés Vaterlandsliebe ist. In Wirklichkeit ist er aber nur der Exponent mächtiger finanzieller und industrieller Gruppen, wie der französischen Eigentümer, des chemischen und des Kohlenstricks, die Frankreich durch ihre wirtschaftlichen Kräfte beherrschen und die einen reichlichen Lohn und hohen Profiten brauchen, um ihre Zwecke zu erreichen. Diese großindustriellen Gruppen haben natürlich auch einen großen Teil der französischen Bevölkerung zum Präsidenten der Republik und jetzt zum Ministerpräsidenten gemacht. Das Ziel der französischen Großindustrie ist nicht nur, die Märkte in die Hand zu bekommen, die früher Deutschland beherrschte, sondern sie will auch England auf dem Kontinent als Konkurrenten ausschalten. Alle Bestimmungen des Versailler Vertrages sind auf dieses Ziel hin zugeschnitten: Die Manufaktur der elab-lotbringigen Textilindustrie und die Bestimmungen über das Saarland. Das genügt aber der französischen Schwerindustrie und ihrem Exponenten Poincaré noch nicht, sondern sie drängen auf Belegung des Ruhrreviers, von belien Kohlen- und Stöcklieferungen sie abhängig sind. Es handelt sich hier für die Franzosen viel weniger darum, Deutschland zum Zahlen zu zwingen, als die eigene industrielle Produktion zu sichern. Diejenige Ziel dient auch die Separation der Bestreitung im Rheinland, das zu einem Ruhestaat gemacht und durch Zollunion Frankreich eng verbunden werden soll. Alle diese Maßnahmen sind nicht von Vaterlandsliebe diktiert, sondern er nimmt die Interessen einiger mächtiger Gruppen Frankreichs wahr, um deren Existenz durch eine dauernde Belegung des Rheinlandes und des Ruhrreviers zu sichern.

Da es mit den Separationsbestrebungen im Rheinland doch nicht recht vorwärts ging, hat die französische Schwerindustrie auch an den anderen Grenzen Deutschlands dieses wirtschaftlich einzufrieren versucht. Das oberirdische Industriegebiet ist im volkswirtschaftlichen Interesse von Deutschland abgetrennt worden. Ein großer Teil der Gruben und Stätten ist in französischen Händen. Auch sonst haben die Franzosen in den polnischen Ostprovinzen Galiziens ungeheures Kapital investiert und sich auch hier wichtige industrielle Konzeptionen gesichert. Der Ring um Deutschland wurde vorläufig dadurch geschlossen, daß die französische Schwerindustrie in der Etschekolowakei die Soda-Metallwerke erworben hat und daß es sich auch in Rumänien und Jugoslawien fortsetzt. Das nächste Ziel Frankreichs ist die Welterteilung an die französische Schwerindustrie auf dem Wege, mit Hilfe Poincarés, ohne daß es England zu merken scheint, die Herrschaft über den Kontinent an sich zu reißen.

Dieser ungeheure wirtschaftliche Bau ist durch eine Reihe wichtiger diplomatischer und wirtschaftlicher Verträge mit Belgien und Polen, der Schutz der Kleinen Entente, der Handelsverträge mit Ostland, die Unterwerfung Ungarns, alles dies dient den französischen großindustriellen Zwecken. Gegen Deutschland aber haben die kühnen Franzosen ein Abkommen, jenseitig bereit, im Ruhrrevier einzurücken. Wie weit England sich diesen Plänen entgegenstellen will, weiß man nicht. Nur das ist ja bekannt, daß Lloyd George bis jetzt immer, wenn es hart auf hart in der Entente ging, Poincaré nachgegeben, und daß Deutschland dabei die Kosten getragen hat. Das invidiöse Deutschland, weil es die französische Großindustrie mindert, zugrunde geht, macht immer noch zu wenig Einbruch, obwohl man auch in England zu fühlen beginnt, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands auch den französischen Zugländen nach sich ziehen könnte. Die Franzosen aber haben bis jetzt jede Konferenz, die den Wiederaufbau Europas dienen sollte, sabotiert, weil ihnen das Ziel, Europa zu beherrschen, wichtiger ist, als der Wiederaufbau des Kontinents. Das,

Der neue alte Vorschlag

Die die „Agence belge“ mehrmals gemachte Versuche darauf hin, daß Delacroix wahrscheinlich den Vertrag halten werde, in der Reparationskommission den Vorschlag zu vertreten, den Deuans in London gemacht hat. Dieser Vorschlag läuft darauf hinaus, daß die Zahlungen Deutschlands bis zu einem in die Zukunft abzuwartenden Termin fest zu werden sollen, daß aber Delacroix insoweit sich dadurch seiner Verpflichtungen zu entziehen habe, daß er der Kommission durch Handeinschreiben (signatures commerciales) garantierte Besprechungen gäbe.

Eine inoffizielle Reposition

Die Delegierten der Reparationskommission trafen heute im Hotel „Africa“ zusammen und hatten Besprechungen, um wenn möglich zu einer Sitzung im letzten Dezember die Interessen Frankreichs wahr zu machen und zugleich für die anderen Regierungen annehmbar zu sein. Eine amtliche Sitzung im eigentlichen Sinne findet heute nicht statt, ebenso wird kein Bericht ausgegeben.

Der polnische Raubvogel

Nach hier vorliegenden amtlichen Nachrichten bei der polnische Grenzlinie nachträglich der Grenzkommission, die mit der Grenzziehung in D. Verhältnisse beauftragt ist, folgende Besprechungen vorgelegt:

Zuteilung der Delbrückstädte an Polen, Zuteilung des Nieder-Schlesisches nach dem Sit und Weisheit des Interregnumes Vilhelmsmäßig an Polen, Zuteilung des ungarischen Grenzgebietes der Provinz Lubus an Polen, eine Erweiterung des Gebietes nach Süd und östlich des Grenzgebietes des angrenzten angusten von Polen, Zuteilung des Ostpreußen der Königin Luise-Gebiete an Polen, ferner zahlreiche andere Veränderungen der Demarkationslinie zum polnischen G. u. Zuteilung eines Teiles der für die Stadt Breslau lebenswichtigen Straßen und Kleinbahnverbindungen bei Breslau.

Dieser polnische Vorschlag zur Festlegung der definitiven Grenzlinie ist für Deutschland selbstverständlich völlig unannehmbar. Das Genfer Abkommen vom 16. Mai 1922 ist unter der beiden vertragsschließenden Parteien bestimmten Besprechungen abgehandelt worden, doch die damals bereits gegangene Demarkationslinie keine wesentliche Änderungen mehr erfahren würde. Die von den Polen neuerdings ererbte Grenzlinie würde die Demarkationslinie erheblich ändern, würde mehrere Städte des polnischen Gebietes, die Milliardenwerte in sich schließen, dem Deutschen Reich abtrennen.

Es muß von der Grenzkommission erwartet werden, daß sie die polnischen Forderungen bei Festlegung der definitiven Grenzlinie mit Entschiedenheit zurückweisen wird.

Polnische Unverschämtheiten

Der Vizepräsident des Danziger Senats hat Gelegenheit genommen, vor dem Hauptsaal des Volkstages zu den verschiedenen Interrogationen Stellung zu nehmen, die bei diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Warschau, Warschauer Kreisvertreter gehörte. Hieser verlangt u. a. die Forderung der Vollstreckung durch die Danziger Volkspolizei, schreibt aber vor, daß diese Staatslist, die polnischen Außenabteilungen werden, nur auf polnisch gedruckten Formularen in polnischer Sprache zu führen ist. Dazu ist Danzig in seinen Umständen verpflichtet und lehnt die Ausführung dieser Arbeit ab.

Der Senats-Vizepräsident teilte noch mit, daß Polen der Danziger Regierung 100 Millionen Reichsmark schuldige und daß auf eine Abrechnung eine Antwort eingelaufen sei, in der Polen mit für Danzig unangenehmen wirtschaftlichen Maßnahmen droht.

Polnischer Sport

Auf dem polnischen Flugplatz bei Rybitz sollten im Rahmen eines militärischen Sportfestes Bombenabwürfe von einem Flugzeug aus stattfinden. Ein Flieger ließ eine Bombe fallen, als er sich gerade über der Wäldchen, Danzinger meile befand. Die Bombe explodierte inmitten der Menge und tötete auf der Stelle 10 Personen. Weitere 50 sind leicht schwer, teils leicht verletzt in die Krankenhäuser der umliegenden Orte geschafft.

Wenn die Aehrenreifen

29) Erzählung von Antoine von Winterfeld-Platen. American. Copyright 1920 by St. Bur. M. Linde, Dresden 21.

„O, Hoff, jetzt weiß ich noch! Wir malen uns ganz alleine Otiere. O, ja, komm ich, wir wollen mal gleich auf einem Städtchen Papier probieren. Kommt du mit dein den Aehrenreifen leihen? Aus meinem habe ich doch im Winter einen Schitten gemalt und dann sind die Farben leben verframt. Hoff, lila habe ich noch. Aber lila Otiere leben gibts doch nicht.“

„Als Fräulein Kuller die Kinder um drei Uhr nach oben rief, damit sie unter ihrer Aufsicht Schularbeiten machten, mochte Hoff sich gar nicht von ihren Malereien trennen. Als sie dann getaner Arbeit mit ihrem Schönbüchlein leit zu Fräulein Kuller kam, sah diese entsetzt auf das Werkstück.“

„Was für gefährliche Ungeheime hast du denn überall hier hineingezeichnet? Schämst du dich gar nicht?“

„Hies Augen leuchteten.“

„Osterrhain, lila, Fräulein Kuller, lauter Osterrhain, und nun kann sie schon ordentlich erkennen, nicht?“

„Fräulein Kuller zerriff das Papier.“

„Du schienst eine blühende Blantüte zu haben, mein Kind, ich kann diese Augen mit Schwärzen beim besten Willen nicht als Oafen ansehen. Im übrigen weißt du es sehr wohl, daß wer sein Vögelchen bemalt, fünf Minuten in der Gef. stehen muß, Maria.“

„Etwas Feinlaut schlich sie in die ihr wohlbekannte Odenze. Hier entbilde sie zu ihrer Fremde einen vergeblichen Versuch, in der Lage ihrer Zintenschürze zu beschwerte nun ernstig die helle Tapete mit wunderbar geformten Osterrhain.“

„So kam die stille Woche heran.“

„Es war am Grindmorgen. Der goldene Frühlingssonnenstrahl hatte sich verdröhen, und ganze Schnee- und Regenwolken jagten über den Himmel. Hoff und Hoff standen am Fenster des Kinderzimmers und brühten sich die Nasen an den Schritten, denn eben war Fräulein Kuller die Meer davon, dem Hofhof zu. Hoff hatte tief Atem.“

„Nun Leben wir Ferien, Hoff. Nun komm, damit wir noch die letzten Osterrhain auf die Eisen malen.“

Die Koalitionsparteien lehnen ab

Entschließungen der Mittelpartei und der Volkspartei

München, 17. August.

Mit an erster Stelle des Berliner Protokolls vom 11. August heißt es, daß die bayerische Verordnung am 18. August zurückgezogen werden wird. Morgen ist am 18. August, und die bayerische Verordnung wird nicht zurückgezogen werden, weil die Koalitionsparteien sich beschließen haben sind, daß das Berliner Protokoll nicht beschlüssigt und doch neue Verhandlungen in Berlin angesetzt werden sollen.

Die Entschließung des Landesauschusses der Bayerischen Mittelpartei, an der nahezu sämtliche Reichs- und Landtagsabgeordnete der Partei teilnehmen, lautet:

„Der Landesauschuss der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei in Bayern) erachtet die Berliner Vereinbarungen für durchaus unannehmbar. Er erwartet, daß Beseitigung und Praxien den Kampf gegen die Aufhebung der durch das Entschließen festzulesen und insbesondere die höchsten Hoheitsrechte mit aller Entschiedenheit wahrnehmen.“

Gegen Mitternacht hat erst der Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei

seine Tagung im Landtag beendet und folgende Entschließung gefaßt:

„Unter voller Anerkennung der Bemühungen der bayerischen Unterhändler muß der Landesauschuss sein Bedauern ausdrücken, daß durch das geringe Maß an Entgegenkommen seitens der Reichsregierung die Verhandlung vom 11. August nicht erfüllt, was zur Sicherung und Wahrung der unantastlichen Selbstständigkeit und der Hoheitsrechte anderer Landesverhältnisse muß. Wir beharren, daß dieses Ziel nur erreicht werden konnte und hoffen, daß es gelte, die noch bestehenden Hindernisse zu beseitigen.“

Der Landesauschuss hält es für selbstverständlich, daß bis dahin die Vererbung der bayerischen Regierung

Die endgültige Befehung des Staatsgerichtshofes

Berlin, 17. August.

Die zuverlässig verlautet, ist bereits heute mit der endgültigen Erledigung der Befehung des Staatsgerichtshofes zum „Stoße der Republik“ zu rechnen. Reichsjustizminister Dr. Radbruch hat bereits fünf einzigen Tagen dem Reichspräsidenten die Namen derjenigen Mitglieder des Staatsgerichtshofes überreicht, die nach dem Gesetz vom 21. Juli für die endgültige Befehung des Staatsgerichtshofes in Frage kommen. Die verlautet, wird der Reichspräsident noch heute durch seine Unterschrift die Ernennung der Staatsgerichtshofmitglieder vollziehen. Der Staatsgerichtshof setzt sich sodann aus 21 Reichsrichtern und 8 Berufsrichtern insgesamt 9 Mitgliedern, zusammen, während ursprünglich auf Grund der Verordnung vom 21. Juni nur 17 Mitglieder ernannt waren, von denen 4 Beisitzer waren. Vorsitzender des Staatsgerichtshofes wird der Reichspräsident sein, auch in der Befehung der Richterstellen sollen gegenüber dem ursprünglichen Plan nur unwesentliche Veränderungen eintreten.

Nach seiner Konstituierung, die in den nächsten Tagen zu erwarten ist, wird sich der Staatsgerichtshof voraussichtlich zunächst mit den Fällen beschäftigen, für die bereits für den 10. August ein Termin anberaumt war, handelt sich dabei um die Prozesse gegen den Reichsrat Carl von Bülow und Genossen, den Kaufmann Julius Mengert, Nürnberg, der der Herben der Republik geschmäht haben soll, den Kapitän Eduard Geelen-Domburg, den Kaufmann Georg Bucher-Opparg, den Studenten Manfred W. Scherer, Heidelberg, und den Landwirtschafswissenschaftler Rudolf Pfeiffer-Greifswald.

Wenn sich der Staatsgerichtshof mit den ersten Verhandlungen in der Wohnung Rathenau beschäftigen wird.

Die rufhöfen beide vom Fensterbrett und mochten sich mit Pfeifen, Farben und Silbersteinen am Tisch zu schaffen. In der großen, dunkelgestrichelten Bibliothek, tief hineinbegleitet in einen der ledernen Buchstapel, kauerte Ulrich Saldom und las. Er hatte sich schließlich doch von Theo überreden lassen, nach Genua zu fahren. Es war ihm im Grunde so gleichgültig, ob er in München blieb oder das Fest hier verlebte. Gleich, mit großen, dunklen Augen, sah er in demselben Stuhl, in dem sein Vater einst immer inmitten seiner geliebten Bücher gesessen. An der Front, Draußen schlug Schnee und Regen an die Scheiben. Manuell hatte doch recht, es gab zu Karfreitag immer schlechtes Wetter. Die Dämmerung ließ alles in Grau. Ulrich Saldom legte das Buch fort, er konnte nicht mehr lesen. Wände starrte er in die granen, kalten Welle der Gartenbäume, in denen die Krähen hockten und ihre nasen Federn schüttelten. Schloßwiese, in bunter Unordnung lagen die Wälder um ihn her. An manchen hatte er nur gefächelt. Er hätte, wenn er sich langsam und langsam. In der tiefen Stille des Hauses wurde etwas lebendig. Eine Tür schlug. Schritte kamen leise auf Gemütsflächen über den Korridor. Ulrich schrak zusammen, als der alte Diener vor ihm stand und nach seinen Winkeln fragte.

„Ich möchte dich, Holz und Feuer im Kamin... Es ist so kalt.“

Der Alte schloß die Türen und zündete das Licht an. Dabei streifte ein mitleidiger Blick seinen jungen Herrn. Ulrich hob den Kopf.

„Wo ist Frau von Volken?“

„Er hatte Schlußputz nach einem Menschen, nach Worten, Sprechen, auch ein wenig Rachen.“

„Ach ja, Lachen. Wie lange war das her, daß er nicht mehr gelaht hatte.“

„Frau von Volken ging nach dem Kirchhof“, sagte der Alte und türmte funfgerige die Eisenblenden im Kamin. Dann war Ulrich Saldom wieder allein. Aber er mochte nichts mehr lesen, er hatte schon die ganzen letzten Tage nichts anderes als Pfaffen und Strindberg gelesen. Das machte ihn so frieren. Nun schob er sich noch ein wenig Wärme, noch ein wenig Rachen. Er sah seine Mutter hier vor dem Kamin sitzen und ihm Märchen erzählen oder Weinmischungen singen mit den Kindern. O, er hätte lieber sonstige Wärme gehabt! Und nun? Als er vor wenigen Tagen durch Berlin kam, wollte er sie in der Straße besuchen, aber die Kerate hatten es nicht erlaubt.

vom 24. Juli in Kraft bleibt und daß der Kampf für eine baldige Aufhebung der Schlichtungs- sowie für Sicherung und Erweiterung der bayerischen Hoheitsrechte fortgesetzt wird.“

Die Fraktionen treten heute vormittag zusammen, und sie werden zu leinen anderen Entschließen kommen als ihre höchsten Vereinstimmungen. Es wird also zwischen Berlin und München weiterverhandelt werden müssen, wenn Berlin nicht weitere Verhandlungen ablehnt.

Die „Mündener Neuesten Nachrichten“ beurteilen die Situation noch wie vor. Es sei noch nicht entschieden, ob Graf Berchthgott und die übrigen Reichsvertreter Bayerns, die in Berlin verhandeln haben, die Durchführung neuer Verhandlungen, falls die Koalitionsparteien sich auf solche einlassen wollten, ablehnen werden.

Die gefürchte Fraktionssitzung des bayerischen Bauernvereins sollte keine neuen Beschlässe fassen. Es gab lediglich dem Fraktionsvorsitzenden den Auftrag, in einer gemeinsamen Koalitionssitzung die Erklärung abzugeben, daß der bayerische Bauernbund jeden Verhandlungsbeweg mitzugehen bereit ist und auch der Bauernbund für neue Verhandlungen ist. Die von den Reichsvertretern der Bayerischen Mittelpartei nach Berlin festsitzend ist lediglich unter dem Vorbehalt der Zustimmung seiner gesamten Fraktion erteilt hat, so daß in dem Bestehen der Mittelpartei, mit der der Koalitionsmittler einzig geht, dessen Desauoterung nicht möglich werden könne.

Die interfraktionellen Besprechungen abgebrochen

München, 17. August.

Die interfraktionellen Besprechungen, die sich an die Beratungen der einzelnen Fraktionen der Koalitionsparteien am Donnerstag vormittag angeschlossen, an denen auch der Ministerpräsident sowie einzelne Minister teilgenommen, wurden gegen 11 Uhr mittags zunächst ohne Ergebnis abgebrochen. Sie sollen nach 4 Uhr fortgesetzt werden.

steht noch nicht endgültig fest. Die betreffenden Ämtern liegen abendlich noch dem Oberreichsanwalt Dr. Obermayer vor.

Erhöhung der Gültertarife um 50%

Der Reichseisenbahnrat ist gestern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Steiner zu einer Sitzung zusammengetreten, um zu der weitgehenden Frage des Gültertariffes Stellung zu nehmen. Dabei wurde mitgeteilt, daß die Reichsbahn infolge der katastrophalen Entwidlung der Markt und der bis dazu ergebenden Ausgabesteigerungen genötigt ist, die zurzeit gültigen Gültertarife am 1. September d. J. um 50 Prozent zu erhöhen. Diese Erhöhung wird bei dem 1. Oktober erfolgenden organischen Umänderung des Gültertariffs, bei der neue Reichseisenbahnrat mitwirkt, bereits berücksichtigt.

Nachdem das erste Reichsrahm des laufenden Rechnungsjahrs mit einem Reichseisenbahnbudget von 2,5 Milliarden abgeschlossen hätte, sah die Reichsbahn trotz der geringen Preis- und Lohnsteigerungen, die Anfang Juli eintraten, von einer Zehnererhöhung am 1. August ab. Die neuerdings erfolgte Steigerung aller sachlichen und persönlichen Ausgaben ist aber so stark, daß beispielsweise zur Zeit für Eisenbahnen das 1944te, für Eisenbahnen das 1944te, für deutsche Kohle das 1884te und für englische Kohle, auf die die Reichsbahn heute zu mehr als ein Viertel ihres Gesamtbedarfs anweist, bis das 440fache des Friedenspreises zu bezahlen ist. Nur die günstige Verbesseerung der letzten Monate ermöglichte es, von einer völligen Annullierung der Gültertarife an diese Preissteigerungen abzugehen. Die durchschüssliche Zehnererhöhung gegenüber dem Frieden beträgt dem 1. September ab rund bei 100 Prozent. Die Preissteigerungen der Reichsbahn sowohl auf personlichem wie auf sachlichem Gebiet sind bei der Bemessung der heutigen Tariffätze nach dem heutigen Geldestande entsprechend hoch bemerkt.

Nur durch die angelehnte Tür durfte er in ihr Zimmer blicken. Da lag sie still und weiß mit geschlossenen Augen. Sie war am Tage vorher operiert worden. Nun mußte es sich zeigen, ob es zum Tod oder zum Leben ginge. Gleich und legen war der lange, schmale Jüngling wieder da. Er schickte und dann durch das große Pflaster der Heimat entgegengeschoben, dem leeren, alten Gumpner Herrenhaus!

Um den Stiel ging der Wind. Ulrich Saldom sah vertragen in seinen Gedanken ein Auepflaster.

„Da wurde ich in großen Zirk aufgerufen. Auf der Schwelle stand Theo stürkte in hohen Stiefeln, Spitze und Hülsig, auf dem die Schneeflocken schmolzen. Ein Geruch von verheben Frühlingsregen strömte aus von ihm.“

Ulrich fuhr aufschauen.

„Wasche die Tür zu, es kommt so kalt herein.“ Theo Kriffen schloß dröhnend die Tür und war mit drei Schritten neben ihm.

„Das glaube ich, daß dir kalt ist, aber Junge, bei Pfaffen und Strindberg frier ich auch immer. Was sollst du denn da? Die Geispenster? Die fünf Gift für dich. Du sollst nicht immer über diesen schrecklichen Werdertheorien brüten. Gib das Ding her.“

„In hohem Bogen flogen die „Geispenster“ in den brennenden Kamin. Ulrich fuhr auf.“

„Was fällt dir ein, Theo, meine guten Blätter!“ Theoacht lachte.

„Schmal, wie es lustig brennt! Nun laßt dich Bauer hoch nach! Das Junge, Junge, warum läßt dich bloß immer mit Sachen über die Hoesheit und Verberheit der Welt, statt die Augen aufzumachen und gegen diese Hoesheit und Verberheit anzugehen? Gott sei Dank! Du noch nicht alle Seelen so verpöndigt ungründlich und innerlich total gerissen, wie diese beiden Herren Dorotheer sie zu schändern beliehen. Aber ich habe jetzt Zeit für die was, Ull, ich bin eigentlich hier mit einer Bestellung von Mutter für deine Tante. Ist sie hier irgendwo?“

„Auf dem Kirchhof soll sie sein. Da ist sie meist.“ Theo fraumte die Stirn.

„Als ob nicht genug lebendiges Leben nach ihr hätte! Verberthe Menschen! Und wo find deine Schöpfung?“ Ulrich zuckte die Achseln.

„Da fragst du mich zu viel, Theo. Ich kom den ganzen Nachmittag nicht aus meinem Sessel.“ Der andere lachte ängstlich. (Fortsetzung folgt.)

entgegenen werden weitere Nachfrage. Die meisten werden zu gut wie gar nicht angeboten. ...

Berliner Produktmarktpreise.

Amst.-Rottl. 401425 403505 ... Weizen, mtrk. 1850-1900, pomm., schles., fest. ...

Devisen-Notierungen Berlin, 17. August.

Table with columns for currency types (Gold Brief, Geld Brief) and values for various locations like New-York, Paris, London, etc.

Leipziger Notierungen Leipzig, 17. August.

Table listing prices for various goods like Chemn. Bank, Leipziger Hyp., Thüringer Gas, etc.

Berliner Metallnotierungen.

Preise verstehen sich als Lager in Deutschland für 1 Kilo. Raffinade-Kupfer 99-93,5% ...

Banhaus Schweinsberg & Schröder

Halle S., Magdeburger Str. 2. beforant aus beste Geschäfte jeder Art des Wertpapiere- und Geldmarktes.

Berliner Börse vom 17. August 1922

Main market data table with multiple columns for different stock and bond categories: Festverzinsl. Wertpapiere, Ausl. Eisen-Aktien, Industriekrieken, etc.